



1. Reihe von links: Kornelia Wehlan (Landrätin), Maritta Böttcher, Jürgen Akuloff, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Kirsten Gurske (1. Beigeordnete),
2. Reihe von rechts: Peter Dunkel, Dirk Hohlfeld, Dr. Irene Pacholik, Mandy Werner, Roland Scharp, Jörg-Martin Bächmann, Felix Thier

NEUWAHLEN DER BEIGEORDNETEN IN DER KREISVERWALTUNG AM 11. DEZEMBER

Vor der Sommerpause muss der Kreistag am 26. Juni wichtige Entscheidungen zur Vorbereitung der Beigeordnetenwahlen treffen. Die Hauptsatzung legt fest, dass der Kreistag auf Vorschlag der Landrätin einen Ersten Beigeordneten und zwei Beigeordnete zu wählen hat. Grund dafür sind auslaufende Amtszeiten der bisherigen drei Stelleninhaber. Sie wurden 2009 gewählt. Das sind als Erste Beigeordnete Kirsten Gurske, als Beigeordneter Detlev Gärtner sowie die bislang unbesetzte Stelle des ehemaligen Beigeordneten Holger Lademann. Er hat auf eigenen Wunsch seine Amtszeit vorzeitig zum 31. Dezember 2016 beendet. Für die Entscheidungen zur Neuwahl durch den Kreistag gibt der Gesetzgeber zwei Möglichkeiten vor. Das sind die öffentliche Stellenausschreibung und die Wiederwahl im Amt nach vorab erklärter Bereitschaft des Amtsinhabers gegenüber der Landrätin. Die nicht einfache und besonders politisch geprägte Thematik hat

in den Fraktionen lebhaft Diskussionen ausgelöst. Um Klarheit zu den gesetzlichen Verfahrensfragen und den personellen Vorstellungen zu erreichen, hat die Landrätin zum 29. Mai 2017 die sieben Fraktionsvorsitzenden zum Meinungsaustausch eingeladen. Dieser fand sehr sachlich und lösungsorientiert statt. Zumindest für den Ablauf der Kreistagsberatung am 26. Juni 2017 bestehen übereinstimmende Meinungen zu den Inhalten der Beschlussvorlagen mit den Kernpunkten:

- die Beigeordnetenwahlen finden auf der Grundlage der Hauptsatzung vom 10. September 2012 statt. Es werden die Wahlmodalitäten für die Erste Beigeordnete und zwei Beigeordnete beschlossen;

- dem Kreistag wird der Verzicht auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle der Ersten Beigeordneten empfohlen. Kirsten Gurske hat ihre Bereitschaft zur Wiederwahl gegenüber der Landrätin schriftlich

erklärt. Wird so beschlossen, kann Kornelia Wehlan nur die bisherige Erste Beigeordnete zur Wiederwahl durch den Kreistag vorschlagen. Dazu sind mindestens 29 Stimmen im Kreistag notwendig. Die Arbeitsergebnisse von Kirsten Gurske im größten Dezernatsbereich finden fraktionsübergreifende Anerkennung;

- der Beschlussvorschlag für die zwei Beigeordneten unseres Landkreises sieht die bundesweite Ausschreibung vor. Der Kreistag beschließt die Ausschreibungstexte auf Vorschlag der Landrätin in seiner Zuständigkeit. Die weiteren Modalitäten wie Geschäftsbereiche, Besoldung und Qualifikationsanforderungen erfordern das Zusammenwirken der Landrätin mit dem Wahlgremium Kreistag;

- die Bewerbungsfrist soll am 11. August 2017 enden. Für die Aufgaben der Wahlvorbereitung und Durchführung wird ein zeitweiliger Wahlvorbereitungsausschuss

auf Beschluss des Kreistages gebildet. Ihm obliegen die Vorprüfungen der Bewerbungsunterlagen sowie alle Aufgaben zur Vorberaterung der namentlichen Beschlussvorlagen. Um die Mitwirkungsmöglichkeiten der sieben Kreistagsfraktionen zu ermöglichen, sollen dem Ausschuss acht Mitglieder angehören. Die Fraktionsvorsitzenden haben zugestimmt, dass die Landrätin den Vorsitz des zeitweiligen Ausschusses führt, da sie die Auswahlentscheidung in den Kreistag einbringt.

Unsere Kreistagsfraktion wird die Aufgaben der Beigeordnetenwahlen mit hoher Verantwortung bestmöglich erfüllen. Mit der Bestenauswahl sollen optimale Voraussetzungen für die weitere Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming geschaffen werden.

Jürgen Akuloff,
Luckenwalde,
Fraktionsvorsitzender

Alternative für Deutschland



EIN BLICK ZURÜCK UND ÜBER DIE GRENZE

KULTURKAMPF UND KLASSENKAMPF: ZUR AUSEINANDERSETZUNG MIT DER AfD

Wenn man in andere europäische Länder schaut, sind seit Ende der 1990er Jahre vielerorts rechte Parteien groß geworden: Schweiz, Österreich, Italien, Frankreich, Niederlande, Finnland. Zunächst waren die rechten Parteien mit dem Neoliberalismus verbündet. Ihre Feindbilder waren der Wohlfahrtsstaat und die Sozialdemokratie, die diesen verteidigte. In den 1990er Jahren gaben die Sozialdemokratien weitgehend ihre Verteidigung des Wohlfahrtsstaates auf und entwarfen ihre Politik im Rahmen neoliberaler Konzepte – Schröder und Blair stehen exemplarisch für die Entwicklung. Die Vertretung der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentnern und ihrer Interessen machte Worten Platz wie »Selbstverwirklichung«, »Zumutbarkeit« und »Flexibilität«. Soziale Sicherungen wurden abgebaut und es änderte sich die Steuerung und Kultur in der Arbeit – für die Beschäftigten nahmen Arbeitsleid, Stress und Sorgen um die Zukunft zu. Was lange gegolten hatte – dass harte Arbeit zu sozialer Absicherung führte – schien aufgekündigt. Das nährt(e) Gefühle von Ungerechtigkeit und Angst vor dem Abstieg. Die Sozialdemokratie, von der erwartet wurde, dass sie als »Arbeiterpartei« die Interessen dieser Menschen repräsentieren sollte, wurde selbst zum treibenden Motor des neoliberalen Umbaus. In diese Lücke versuchen die rechten Parteien zu stoßen und stellen sich

als »neue Arbeiterparteien« dar. Sie bieten Sündenböcke. Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete oder Muslime werden von ihnen als »fremd« und Sinnbild der Globalisierung dargestellt – als könnte man die Globalisierung in ihnen bekämpfen. Sie verteidigen scheinbar die »Mitte«, die »normalen Leute«, »das Volk« gegen diejenigen, die »leistungslose Einkommen« beziehen, »oben« und »unten«: Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber, Politiker, Manager. Sie sprechen vor allem bedrohte Mittelschichten an, diejenigen, die das Gefühl haben, dass sie nicht (mehr) bekommen, was ihnen zusteht und dass sie trotz harter Arbeit und der Bereitschaft, den Gürtel enger zu schnallen nicht erreichen, was sie für einen legitimen Standard ansehen. Die Mehrheit der AfD-Anhänger_innen z. B. kommt aus der »Mitte« der Gesellschaft. Sie verdienen durchschnittlich mit einer leichten Tendenz nach oben und ihr Bildungsstand ist ebenfalls im Durchschnitt. Wer bei der AfD vor allem an Abgehängte und Arme denkt, der irrt. Rassismus und die Vorstellung, dass kulturelle Vielfalt der Bevölkerung die Existenz eines Volkes bedrohe, teilen sie mit der extremen Rechten. Die AfD kommt im europäischen Vergleich relativ spät. Einerseits hat in Deutschland DIE LINKE gebremst, die in die Lücke der Repräsentation gestoßen ist, die die SPD hinterlassen hat. Andererseits hat die CDU/CSU lang rechts von

sich wenig Platz gelassen. Erst mit der »Sozialdemokratisierung« von Angela Merkel, mit der sie ihrerseits versuchte, der CDU eine breitere Basis auf Kosten der SPD zu organisieren, entstand Luft rechts. Hier entstand die AfD, zunächst eng verbunden mit dem Familienunternehmerverband und anderen Kapitalfraktionen, die sich in Merkels Wirtschaftspolitik wenig aufgehoben fühlten. Der »Wirtschaftsflügel« der AfD bezieht sich gern auf die Urväter des Neoliberalismus, F. A. von Hayek und Milton Friedman. Deren Konzepte waren nie auf die Wirtschaft beschränkt, sondern ein Staatsumbauprojekt. Demokratie war ihnen suspekt, Hayek wollte eher ein Gremium alter Männer, die nicht abgewählt werden konnten. Wichtiger – und aktueller – sind die Vorstellungen, die demokratischen Institutionen zu zerschlagen. Das betrifft vor allem alles, was der öffentlichen Debatte, Willensbildung, dem sozialen Ausgleich dienen soll: Stiftungen, Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Medienräte usw. Diese Aushöhlung der Demokratie verbirgt sich oft hinter der Forderung nach »mehr Volksentscheiden«. Im Wahlprogramm der AfD finden sich die Elemente wieder: Sie will eine deutsche Leitkultur, die Religionsfreiheit für Muslime einschränken, eine Meldepflicht für Abtreibungen, Baby-Prämien, sie streitet gegen gleichen Rechte für gleichgeschlechtliche Lebenspartner (unabhängig davon,

dass ihre neue Spitzenkandidatin in einer lesbischen Partnerschaft mit Kindern lebt). Sie fordert eine Abschiebequote für Flüchtlinge und will den Familiennachzug verhindern. Auch die Forderungen nach härteren Strafen und für die »Ausbürgerung« straffälliger Migrantinnen und Migranten gehören in den Kanon von Rassismus und Kulturkampf. Gleichzeitig versucht die AfD, in soziale Schichten vorzudringen, denen sie programmatisch eigentlich nichts zu bieten hat. Das versucht sie über einige Punkte in der Sozialpolitik, die eher Alibi charakter haben. Im Vordergrund steht die Ethnisierung der sozialen Frage – und das Mittel der Provokation, mit denen sich die AfD als »politisch inkorrekte« Rebellen und Außenseiter des Parteiensystems darzustellen versucht. Und LINKE Antworten? Auf Provokationen allzuleicht mit Empörung zu reagieren, läuft Gefahr, selbst Teil der Inszenierung zu werden. Die Auseinandersetzung mit der AfD auf der Ebene öffentlicher Schlagabtausche kann getrost aufgegeben werden. Für DIE LINKE ist wichtig, dass sie als Kraft wahrgenommen wird, die soziale Missstände klar benennt. Die sich für die Zumutungen interessiert, die Menschen im Alltag erfahren. Und sie ändern will.

Christina Kaindl, Leiterin des Bereiches Politik & Grundsatzfragen im Karl-Liebknecht-Haus

LESERBRIEF

DER WOLF IM SCHAFSPELZ

Der Deutsch-Chinesische Freundschaftsverein e. V. Ludwigsfelde hat sich in seiner monatlichen Vortragsveranstaltung im Februar 2017 mit der Partei »Alternative für Deutschland« beschäftigt. Dabei wurde im Vortrag von Prof. Dr. Anton Latzo begründet, warum diese Partei eine Partei des Kapitals ist.

Die AfD ist 2013 nicht »wie Phönix aus der Asche« entstanden. Sie ist ein Ergebnis der wachsenden Widersprüche in Politik und Gesellschaft der BRD. Diese sind unter anderem dadurch charakterisiert, dass der Zusammenhang zwischen der imperialistischen Rolle und Politik Deutschlands nach Außen und einer zunehmenden politischen autoritären Entwicklung im Inneren immer deutlicher alle ökonomischen, politischen, sozialen und geistig-kulturellen Prozesse bestimmt.

Sichtbar wird das in der Konzentration des ökonomischen Potentials und des Einflusses der Macht des Kapitals in Gestalt der Großmonopole in der Verschärfung der Klassenwidersprüche zwischen Kapital und Arbeit. Sie finden ihren Ausdruck in der zunehmenden Militarisierung des politischen

und gesellschaftlichen Lebens. Aus diesem Prozess und aus ihm heraus ist die AfD entstanden. Sie verkörpert die reaktionär-konservative Linie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus.

Sie ist keine spontane und kurzfristige Antwort auf die derzeitige Situation. Es gibt eine Vergangenheit. Ihre historischen Wurzeln reichen in die Zeit des »All-deutschen Verbandes« zurück. Er wurde 1891/1894 gegründet und vertrat imperialistische, völkische und auch reaktionäre Positionen des deutschen Monopolkapitals. Er war der ideologische Wegbereiter der Weltherrschaftsansprüche des deutschen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg. Seine Anliegen wurden auch nach dem Weltkrieg in der Weimarer Republik weiter verfolgt. Während des Faschismus beförderte er die Leitlinien der Politik. In diesem Geiste erfolgte danach auch die Restauration des Kapitalismus der BRD.

Die Funktion der AfD heute besteht darin, die nationalkonservativen Grundpositionen, die von mächtigen, wirtschaftlich wie politisch bestimmenden Kreisen des deutschen Imperialismus seit Ende des 19. Jahrhunderts als Grundlage der Politik vertreten werden, in der Gesellschaft der BRD zu verbreiten und zur Grundlage der Politik zu machen.

In diesem Prozess kommt der AfD eine wichtige Rolle zu. Sie bedient sich einer rigorosen und national motivierten Freund-Feind-Rhetorik und einer Argumentation, die in der Bevölkerung eine Herabminderung politischer Haltungen sowie geistig-kultureller Werte bewirken soll, die nicht in das nationalkonservative Weltbild passen. Deutlich wird das besonders in Fragen der Migration und gegenüber Migranten, die mehr und mehr in das Kreuzfeuer nationalistisch-rassistischer Angriffe geraten.

Die Charakterisierung der AfD als »Populistische Partei« ist daher unzureichend. Eine solche Einschätzung sagt wenig über die vertretenen Ansichten aus. Vielmehr soll damit der Eindruck erweckt werden, die AfD sei eine politische Kraft, die gegen das aktuelle System Front macht. In Wirklichkeit nutzt sie diese Darstellungsweise, um das kapitalistische System zu sichern und die Kräfte zu sammeln, die Willens sind, dem deutschen Imperialismus mittel- und langfristige Perspektive zu geben. Ein Blick auf die Leitfiguren der AfD verdeutlicht ihre enge Verbindung zu den Herrschenden und Regierenden. Schon die Gründer der Partei sind sehr eng mit dem Kapital verbunden. Hans-Olaf Henkel zum Beispiel war seit 1962 in verschiedenen verantwortlichen

Funktionen tätig wie zum Beispiel:

- für IBM Deutschland, zuletzt bis Dezember 1994 Chef von IBM Europa, Mittlerer Osten und Afrika mit Sitz in Paris,
- 1995 bis 2000 Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI),
- zugleich war er Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten. Oder Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg. Welche Interessen diese Dame vertritt, dürfte klar sein. Diese Beispiele könnten fortgesetzt werden.

Es fällt auf: Eine zunehmende Zahl von führenden AfD-Mitgliedern bekleidet hohe Ämter im Militär- und Staatsapparat. Die AfD ist Ausdruck einer organisatorisch wachsenden eigenständigen Profilierung des deutschen Nationalkonservatismus. Sie hat die Aufgabe, das nationalkonservative politische Denken als Programmatik in die aktuelle kapitalistische Wirklichkeit in Deutschland einzupflanzen und wirksam zu machen.

Gerd Knitter
Stellvertreter des
Vereinsvorsitzenden

MITSPRACHE IN KITA-ANGELEGENHEITEN

KREIS-ELTERNBEIRAT FÜR KITAS IM LANDKREIS TELTOW-FLÄMING GESCHAFFEN

Im November 2015 gründete sich der Kita-Elternbeirat auf Kreisebene in Teltow-Fläming. Teltow-Fläming ist der erste Landkreis im Land Brandenburg, der die Bestimmungen des § 6a des Brandenburgischen Kitagesetzes zur Bildung eines Elternbeirates umsetzte. Er wurde am 23. November 2015 im gewählt. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der Elternschaft aus Kindertagesstätten der Region an. Vorsitzender des Elternbeirates ist Mathias Vogel.

Ziel ist es, die Interessen von Eltern und Kindern zu bündeln und zu formulieren, um sie an geeigneter Stelle vertreten zu können. Das Jugendamt unterstützt den Vorstand des örtlichen Elternbeirates. Dieser Elternbeirat soll grundsätzlich Fragen zur Kindertagesbetreuung mit dem Jugendamt beraten und dabei die Interessen der Eltern vertreten. Eine Möglichkeit dafür ist der Jugendhilfeausschuss des Kreistages Teltow-Fläming, wo Mitglieder

des Beirates als sachverständige Person gehört werden und auch das Rederecht beantragen können. Wichtige Anliegen waren in den ersten Beratungen:

- Personalschlüssel
- Qualität der pädagogischen Arbeit
- Qualität und Finanzierung des Essens in den Einrichtungen.

Der Wunsch nach mehr Mitsprache in Kita-Angelegenheiten hat sich bei Eltern vielerorts in Brandenburg verstärkt.

Durch den Kreis-Elternbeirat soll in Teltow-Fläming auf diese Weise sichergestellt werden, dass Eltern ihre Erfahrungen und Erlebnisse, Erwartungen und Vorstellungen bei der Diskussion über die Kindertagesbetreuung im Landkreis direkt vorbringen können.

Mandy Werner, Baruth/Mark,
Mitglied des Jugendhilfeaus-
schusses



DAS LIEBE GELD

VORSICHTIG OPTIMISTISCH

2017 ist das erste Jahr nach 2004, in dem der Kreis seinen Haushalt ohne Haushaltssicherungskonzept gestalten kann. Auch, und das ist besonders wichtig, konnten wir die Kreisumlage für die Städte und Gemeinden um ein Prozent senken. Dieser Trend sollte unbedingt beibehalten werden um die kommunale Familie weiter zu stärken. Der Horizont beschränkt sich dabei auf die Jahre bis 2019, da in diesem Jahr die nächsten Kommunalwahlen anste-

hen. Wir sollten unsere Zielstellung einer Kreisumlage von 42 Prozent nicht aus den Augen verlieren, und 45 Prozent für 2018 sind ein guter Ausgangspunkt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen könnten kaum besser als derzeitig sein. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind voll und die Arbeitslosenzahlen seit dem Beitritt nicht mehr so gering. Dies sichert ein hohes Steueraufkommen, wie wir ja alle aus der Presse erfahren

konnten. Wenn der Staat nun noch auf die Idee kommt diese Mehrmillionen vorwiegend in die Länder und Kommunen zu stecken, anstatt den Rüstungsetat aufblähen zu wollen, könnten wir den »blühenden Landschaften« wirklich ein Stück näher kommen.

Entsprechend unserem Wahlprogramm stehen im Vordergrund:

- Arbeit von der man leben kann, ist für uns die Erhöhung der In-

vestitionstätigkeit durch Vergabe von Aufträgen an die heimische Wirtschaft. Der Anteil der Investitionsausgaben ist auf fünf Prozent des Gesamthaushaltes zu steigern.

- Gute Bildung setzt optimale Lernverhältnisse voraus. Der in 2017 begonnene Ausbau der Bildungseinrichtungen ist konsequent fort zu führen.

- Freiwillige Aufgaben dürfen nicht mehr nur von der Gewinnausschüttung der Sparkasse bestritten werden. Sie sind wieder fester Bestandteil des Haushaltes und die Gewinnausschüttung der Sparkasse dient der Ausdehnung der freiwilligen Aufgaben im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich.

Wir wissen, im Jahr 2019 fällt der Länderfinanzausgleich weg und damit auch etliche Millionen Euro im Landeshaushalt. Natürlich werden die Kreise an den Mindesteinnahmen beteiligt werden und wie sich die Wirtschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen entwickeln wird gleich schon fast einer Glaskugelseherei. Auch wissen wir nicht, wie sich die eine oder andere kreisliche Beteiligung entwickelt, Bange machen gilt aber nicht. Wir als Kreis sind gut gerüstet, um die anstehenden Aufgaben mit Erfolg zu lösen.

Dirk Hohlfeld, Am Mellensee, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

BEOBACHTUNG, KONTROLLE UND HILFE

DANK UND ANERKENNUNG FÜR GUDRUN RIEBE

Sie liebt Pferde. Sie singt im Jüterboger Stadtchor, sie ist immer gut gelaunt. Sie kennt sich aus mit den Gesetzen, Regeln und Richtlinien. Von 43 Arbeitsjahren arbeitete sie 22 im Büro des Kreistages. Erst im Kreis Jüterbog und nach der Kreisgebietsreform im neu gebildeten Kreis Teltow-Fläming, der sich aus den Altkreisen Jüterbog, Zossen und Luckenwalde zusammensetzte. Gudrun Riebe kann die Kommunalverfassung sicher im Schlaf kommentieren. Sie war im Kreistag auch spät abends immer hellwach. Und dezent und unauffällig gab sie dem/der Kreistagsvorsitzenden Hilfestellung in brenzligen Situa-

tionen. Ich selbst habe das wohl-tuend erfahren, als ich nach dem plötzlichen Tod von Klaus Bochow für ein Jahr als 1. Stellvertreterin den Vorsitz übernahm. Vor dieser Aufgabe hatte ich großen Respekt, weil das nicht nur schlechthin eine Sitzungsleitung ist. Da sind Sicherheit im Umgang mit der Kommunalverfassung genauso gefragt wie die Kenntnis der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung. Aber ich hatte immer volles Vertrauen zu Gudrun Riebe. Sie hat mir in der Vorbereitung immer auch wertvolle Hinweise gegeben. Ich kenne Gudrun schon sehr lange. Sie ist sich immer treu geblieben.

Sie ist als Gründungsmitglied des Stadtchores Jüterbog genauso engagiert wie bei der Arbeit. Sie freut sich auf den 3. Lebensabschnitt auch, weil sie ein wundervolles weiteres Hobby hat. Sie reitet für ihr Leben gern. Sie ist also auch eine gute »Pferdeflüsterin«. Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming wünscht ihr ein gesundes und langes Leben und eine wunderschöne Zeit mit all ihren Lieben.

Danke, Gudrun Riebe!

Maritta Böttcher, Jüterbog Mitglied des Kreistages

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 12.6.2017
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Juni 2017
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.